

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch die Verkäufer und die Post bezogen 1,30 Mk., durch den Verkäufer ins Haus 1,50 Mk. Einzelnummern 5 Pf.
Exemplar vierteljährlich 6 mal vermittels Post 8 Mk., mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 16 farbiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 20 Pf. Reklamen von Seite 30 Pf. Bei Überholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 131.

Freitag den 7. Juni 1907.

33. Jahrg.

Herr v. Studt und die katholischen Ordensniederlassungen in Oberschlesien.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ nimmt fotoelektrisch den Kultusminister Herrn v. Studt gegen unsere Darstellung seines Verhaltens den katholischen Ordensniederlassungen in Oberschlesien gegenüber, was die Franziskaner gegen die Behauptung, daß sie anti-deutsche Tendenzen unterstützen, in Schutz. Uns interessiert an dieser weisheitsvollen Entschuldigungschrift, die keinerlei Tatsachenmaterial zur Entlastung, sondern nur subjektive Auffassung und Zukunftshoffnungen enthält, nur eine Bemerkung. Das offiziöse Organ gibt nämlich unumwunden zu, daß der Einzug der Franziskaner f. Zt. in Oberschlesien direkt von der preussischen Regierung veranlaßt worden ist, weil sie von ihnen „ein Gegengewicht“ gegen die „vom nationaldeutschen Standpunkt aus nicht einwandfreie Tätigkeit“ der Salesianer in dem galizischen Grenzort Döwicz erzwor. Daß diese auf die Tätigkeit der Franziskaner, welche nunmehr bereits über fünf Jahre in Oberschlesien kommissioniert, gefegte Erwartung sich erfüllt hätte, wagt auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht zu behaupten; denn das von ihr zugewiesene der Franziskaner angeführte Moment, daß sie von den nationalpolnischen Ultral als „katholische Preußen in Mönchskleidung“ bezeichnet worden, ist denn doch ein sehr negativer Beweis. Ebenfalls ist durch das offiziöse Organ mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Tatsache offiziell bestätigt worden, daß Herr v. Studt die Franziskaner nach Oberschlesien hineingerufen hat. Die Massenemigration katholischer Ordensbrüder nach dem Rheinland, über die die „Köln. Ztg.“ wiederholt recht interessante Angaben gemacht hat, hat das Zentrum dann wohl ebenfalls der hochberzogenen Initiative des Herrn v. Studt zu danken?

Die „Köln. Ztg.“, „Schles. Volksztg.“ breitet natürlich schüßend ihren Schild über den schwächlichen verleumbeten Kultusminister. Der Fall der Salesianer beweise eben — schreibt das Blatt — „wie recht Herr v. Studt hatte, Ordensniederlassungen in Oberschlesien zuzulassen, deren Tätigkeit er nötigenfalls (!) kontrollieren kann, und die die deutschen Untertanen verhindern, über die Grenze zu den Salesianern zu gehen.“

Das ist ja eben der große Irrtum, in dem sich das Zentrum und die Regierung befinden, wenn sie annehmen, daß die Tätigkeit der Franziskaner tatsächlich das gewünschte „Gegengewicht“ gegen die Salesianer herbeiführt habe. Die Polen lassen sich nicht im mindesten abhalten, den Klostern der Salesianer zu folgen, wofür gerade das jüngste Vorkommen in Döwicz ein klassischer Beweis liefert. Die Polen haben eben zu den Salesianern, die ihnen, wie die „Schles. Volksztg.“ selber mit Bedauern zugibt, durch die Veröffentlichung von Gebetsbroschüren „mehr zu bieten haben als die Franziskaner, ein größeres Vertrauen als zu den sich der hohen Protection des protekanischen preussischen Kultusministers erfreuenden Ordensbrüdern. Hat im übrigen Herr v. Studt eine ganz sichere Garantie dafür, daß die Franziskaner, wenn sie leben, wie sehr sie den Salesianern gegenüber bei der politischen Bevölkerung ins Hintertreffen geraten, nicht ebenfalls deren Spuren folgen?

Der Einzug des neuen Regenten in Braunschweig.

Der neue Regent von Braunschweig Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin und seine Gemahlin haben am Mittwoch nachmittag ihren Einzug in die feierlich geschmückte Stadt Braunschweig gehalten. Schon in Helmstedt hatte Staatsminister Dr. von Dito das im Sonderzug eingetroffene Herzogpaar mit einer Ansprache begrüßt, in der er zunächst dem tiefsten Danke für die Übernahme der Regentschaft Ausdruck gab und das hohe Paar beim Ueberschreiten der braunschweigischen Grenze willkommen

hieß. Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß es dem Herzog mit Gottes Hilfe gelingen werde, dem Lande Heil und Segen zu bringen, und schloß mit den Worten, daß das Land Braunschweig dem Herzoglichen Paare eine zweite Heimat werden möge. Der Herzog dankte für den freundlichen Empfang und sprach die Hoffnung aus, daß er die Regierung zum Segen des Landes führen werde.

In Braunschweig hatten am Friedrich-Wilhelms-Platz die städtischen Behörden und die Ehrenjungfrauen Aufstellung genommen. Oberbürgermeister Reitemeyer hielt eine Ansprache an das Herzogpaar. Der Herzog dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und den warmen Empfang der Residenzstadt, die ihn und seine Gemahlin aufrichtig erfreut hätten, doppelt erfreut, weil ihnen der nicht leichte Herzog angetretene Einzugsweg damit wesentlich leichter gemacht worden sei. Der Herzog hat den Oberbürgermeister, der Stadt und ihren Bürgern seinen und der Herzogin wärmsten Dank auszusprechen. Hierauf bewegte sich der Zug nach dem Schlosse, wo zunächst Empfang des gesamten aktiven Hofstaates stattfand. Sodann wurden die Mitglieder des Staatsministeriums zur Vollziehung des Patents über den Regierungsantritt empfangen. Hierauf wurden die Mitglieder des Landtags vom Herzogpaar im Thronsaal begrüßt, wobei der Landtagspräsident, Oberminister Semler, das Regentenpaar im Namen des Landtages begrüßte. Der Herzog erwiderte mit Dankworten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, das er zum Wohle des Landes rechtserfüllen werde.

Um 5 Uhr versammelten sich der Regent und die Mitglieder des Landtages, die Spitzen der Behörden usw. im Ballsaal, wo die letzteren dem Regenten vorgeführt wurden. Um 5 1/2 Uhr begann die Galatafel zu 126 Gedecken. Um 8 Uhr nahm die Festsprekellung im Hoftheater ihren Anfang. Zur Aufführung gelangte der dritte Akt von Wagner's „Meistersinger von Nürnberg“. Der Regent und seine Gemahlin wurden mit Fanfaren empfangen. Oberbürgermeister Reitemeyer hielt eine kurze Ansprache, die in ein begeistertes aufgenommenes Hoch auf den Regenten und seine Gemahlin auslief. Das zahlreiche Publikum bereitete nach Schluß der Vorstellung dem fürstlichen Paare bei seiner Abfahrt lebhaftes Ovationen. Die Stadt ist reich illuminiert.

Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ veröffentlichten am Mittwoch das Regierungsantrittspatent des Herzogs Johann Albrecht. — Dasselbe Blatt veröffentlicht einen aus Anlaß des Regierungsantritts des Herzogs Johann Albrecht von letzterem bekanntgegebenen Amnestierlaß.

Aus Rußland.

Die Duma lehnte in ihrer Sitzung am Dienstag zwei von dem Justizministerium eingebrachte Gesetzentwürfe ab. Der eine betraf Maßnahmen zur Verhütung der Entweidung von Gefangenen aus den Gefängnissen, der andere die Genehmigung des provisorischen Gesetzes vom 31. August 1906 über die Verschärfung von Strafen für die Verbreitung von regierungseindlichen Lehren in der Armee und über die Verweisung aller solcher Fälle an die Militärgerichte anstatt an die Zivilgerichte. Der militärische Generalstaatsanwalt und der Gehilfe des Justizministers trangen auf die Genehmigung des Gesetzes vom 31. August, indem sie die Gefahr darlegten, welche die Propaganda in der Armee für das ganze Land in sich schliesse. Der Berichterstatter der Kommission, Kasimir Karajew, erkannte durchaus die Nowendigkeit an, die Armee vor dem verderblichen Einflusse der Revolution zu schützen, drückte aber Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Verschärfung der Strafen aus und erhob Einspruch gegen das Ministerium gegen die Zivilgerichte. Am 6 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben. Abends fand eine Sitzung zur Beratung von Finanzfragen untergeordneter Bedeutung statt.

Die geistlichen Duma-Mitglieder, von denen der Metropolit Antonius im Namen des Synods den Austritt aus den oppositionellen Dumafractionen, sowie überhaupt den Verzicht auf jegliche oppositionelle Betätigung forderte, haben dem Metropolit schriftlich ihre Antwort zugehen lassen. Die fünf Priester, auf die sich der Ulaß bezog, lebten es entschieden ab, dem Ansinnen des Synods Folge zu leisten.

Die terroristischen Untaten mehren sich wieder in bedenklicher Weise. In Twer tödten am Dienstag bewaffnete Verbrecher in einer Strafe am hellen Tage einen Bezirksaufseher, zwei Schulleute und eine Zivilperson. Einer der Verbrecher wurde verhaftet. — In Moskau wurde am Dienstag in den Tramwayverkefährten auf einen Ingenieur namens Krebs ein Anschlag verübt, der tödlich verlief. Ueber die Ermordung des Grafen Kayserling werden aus Riga folgende Einzelheiten gemeldet: Der Graf wurde nachts auf seinem Gute von 8 bewaffneten Männern überfallen, aus dem Bette griffen, gemißhandelt und mit Kolbenschlägen getödet. Die Leiche wurde völlig unkenntlich gemacht. Die Dienerschaft war vorher gebunden und getödet worden, so daß dem Grafen keine Hilfe gebracht werden konnte. Graf Kayserling war den Revolutionären verhaftet. Er war mehrere Strafbüßen gegen die Bauern geleitet hatte.

In Finnland wird die neue Volksvertretung vor wichtige gesetzgeberische Aufgaben gestellt. Aus Helsingfors wird berichtet: Der Senat beschloß der kaiserlichen Genehmigung eine Vorlage zu unterbreiten, wonach beim Landtag beantragt werden soll, aus den Einkünften Finnlands dem Reichsschatz 20 Millionen finnländische Mark als Erfordernis für militärische Zwecke in den Jahren 1906 und 1907 anzuweisen. — Der Landtag beschloß, daß alle Neben des Zaimann im Landtage in den zwei Sprachen des Landes gehalten und daß die Schlussfolgerungen aus den schwedischen Neben in die finnländische Sprache übersetzt werden müssen. Die Deputierten der schwedischen Bevölkerung können Dolmetscher verlangen. Ein Pachtgesetz wurde beim Landtage eingebracht. In acht werden als längste Frist einer Pachtung 25 Jahre festgesetzt. Ferner wird eine bedeutende Erhöhung der dem Bedauer des Landes für Verbesserungen zu leistenden Entschädigung beantragt. — Die große Kommission des Landtages, die mit den wichtigsten Arbeiten dieser Körperschaft betraut ist, zählt unter ihren 60 Mitgliedern vier weibliche. Ihrer Parteistellung nach gehören 23 Mitglieder der sozialdemokratischen, 19 der altfinnischen, 7 der schwedischen, 7 der jungfinnischen Partei und 3 der agrarischen Vereinigung an. Zur Vorsitzenden der Petitionskommission wurde ein weibliches Mitglied des Landtages, Frau Hagmann, gewählt.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der deutsche Block im österreichischen Abgeordnetenshaufe ist leider nicht zustande gekommen. Einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge haben sich nur die deutsche Volkspartei und die deutsche Agrarpartei unter dem Namen Deutschnationaler Verband fusioniert und einen aus vier Mitgliedern bestehenden Vorstand gewählt. Diese Vereinigung zählt der „Neuen Freien Presse“ zufolge 51 Mitglieder und wird im Zusammenflusse mit den Deutschradikalen (früher nannten diese sich „Freiwillige“) die einen selbständigen Verband bilden, arbeiten. Die deutsche Fortschrittspartei wird nach demselben Blatte einen selbständigen Klub bilden. **Luzernburg.** Die Erbfolge in Luxemburg soll gefestigt fest geteilt werden. In der Kammer brachte am Dienstag Staatsminister Gysken einen

Gesellschaft über ein Familienstatut des Großherzogs Wilhelm vom 16. April ein. Das Statut bestimmt, daß dem Großherzog in Ermangelung eines männlichen Erben seine erstgeborene Tochter, Prinzessin Marie Weltheib, und nächst ihr ihr Mannestamm nachzufolgen hat. Während der Minderjährigkeit der Prinzessin soll die Gemahlin des jetzigen Großherzogs die Regenschaft und Vormundschaft führen. Im Falle des Ablebens der erstgeborenen Tochter ohne Hinterlassung einer Nachkommenschaft sind die anderen Töchter des Großherzogs in gleicher Weise nach Primogeniturrecht zur Erbfolge berufen.

Frankreich. Die Unterzeichnung des französisch-japanischen Abkommens dürfte einer Häutermahlung zufolge am Donnerstag abend oder Freitag vormittag erfolgen. Man glaubt, daß Minister Ribot, der am Freitag die Interpellation über die Haltung Frankreichs auf der Haager Konferenz beantwortet wird, auch die Hauptzüge des französisch-japanischen Abkommens mitteilen werde. — Präsident Fallières wird, wie der „Reit Pariser“ berichtet, sich entweder vor oder nach seiner Reise nach Cristiana nach Stockholm begeben, um den Besuch zu erwidern, welchen König Oscar ihm im vorigen Jahre abgelehnt hat. — Der Ausstand der französischen Seeleute dauert fort, die Hoffnung des Ministers Thomson auf baldige Beendigung des Streiks scheint illusorisch gewesen zu sein. In Bordeaux haben die eingeschriebenen Seeleute beschlossen, den Ausstand bis zur völligen Befriedigung aller ihrer Forderungen fortzusetzen. In Cherbourg haben die Mannschaften der Leichterflotte, die für die transatlantischen Postdampfer das Umladen besorgen, beschlossen, in den Ausstand zu treten. Auf Ansuchen des Marineministers hat der Präsident der Compagnie Transatlantique, Roux, um die Beendigung des Ausstandes der eingeschriebenen Seeleute zu erleichtern, die gegen die Schiffsoffiziere verfügten Entlassungen zurückgenommen und die Offiziere aufgefordert, an Bord zurückzutreten und ihren Dienst zu versehen. — Streikzerisse sind am Mittwoch morgen in Marseille vorgekommen. Dort ereigneten sich mehrere heftige Zusammenstöße in der Markthalle, in welcher die Fischhändler in der Stadt ihre Einkäufe machen. Die Streikenden beschädigten mehrere mit Fischen gefüllte Kisten. Die Polizei schritt ein; die Markthalle wurde geschlossen und wird von der Polizei bewacht. Mehrere Verhaftungen fanden statt.

Schweden. Der Gesundheitszustand des Königs von Schweden hat sich infoweit gebessert, daß König Oscar am Mittwoch vorläufig wieder die Regierung übernehmen hat.

Marokko. In Marokko quälten sich die Diplomaten in Tanger damit ab, brodenfeste die in der Aguerabatte vorgesehenen Reformen einzuführen. Als zweiter dem jüngst gemäßigten französischen Ingenieur für öffentliche Arbeiten beizuzurechnen Ingenieur wurde ein Spanier in der Dienstausführung des diplomatischen Korps gewählt. Der englische Konsul White ist zum Vertreter des konsularischen Korps für die Beaufsichtigung der Zölle ernannt worden.

— Die Anarchie im Sultanat läßt sich freilich damit nicht einbändigen. Es geht gar wunderbar zu im scheinbar Reich. Dem Londoner „Daily Telegraph“ wird aus Tanger gemeldet, eine Abteilung Besatzung, die von Ouaia im Atlasgebirge kamen, sei nach Marokko eingedrungen, habe dort Personen, die wegen der Ermordung des Dr. Mauchamp gefangen gehalten wurden, befreit und sie zum Sultan nach Fez gebracht; der Vorgang zeige die günstige Stimmung jener Eingeborenen für den Sultan.

Absessinien. Das französische Eisenbahnunternehmen in Absessinien rentiert sich nicht. Nach einer Meldung des „Temps“ hat die französische Gesellschaft der Absessinischen Eisenbahnen Konkurs angemeldet, weil sie außer Stande ist, den letzten Obligationsschub einzulösen. Um das Fiasco zu verschleiern, meldet „Agence Havas“, daß alle Maßnahmen getroffen seien, um den Betrieb der schon gebauten Strecke der Aethiopischen Eisenbahn zu sichern und die Bahnlinie bis Addis Abeba fertigzustellen. Die französische Regierung und der Regent Knecht sind über diese Angelegenheit in vollem Einvernehmen.

Japan. Die diplomatische Behandlung der japanisch-amerikanischen Streitigkeiten sagt gewissen chauvinistischen Elementen in Japan nicht zu. Aus Tokio meldet das „Reuter'sche Bureau“ vom Mittwoch: Eine Deputation der Fortschrittspartei erschien bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und ersuchte um Aufklärung, wie es komme, daß die Regierung angesichts der ersten diplomatischen Fragen, die mit China und den Vereinigten Staaten (Schweben, dem Aufsteigen nach Untergang und Mangel an Talfrucht) zugehe. Die Deputation behauptete, China arbeite dem Fortschritt der japanischen Interessen in der Mandchurien entgegen. Ferner wurde die Not-

wendigkeit betont, die Frage wegen der Behandlung der Japaner in San Francisco jetzt ein für allemal zu regeln; eine öftere Wiederholung von Akten, wie sie vorgekommen sind, würde die fremdlichen Beziehungen zu Amerika gefährden. Ueber die Antwort Hayashi liegt keine Meldung vor.

Deutschland.

Berlin, 6. Juni. Der Kaiser besichtigte am Mittwoch morgen auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz das Garderegiment und das 3. Garderegiment. An die Besichtigung schloß sich eine Gefechtsaufgabe, deren Durchführung gegen 10 Uhr in der Nähe von Dorf Döberitz endete. Der Kaiser verließ dem bei der Übung anwesenden Generalmajor z. D. von Dittmar den Charakter als Generalleutnant.

— (Kaiser Wilhelm) wird der „Voss Zig.“ zufolge nach den letzten Dispositionen seine Nordlandreise von Kopenhagen aus am 3. oder 5. Juli antreten. In Dänemark wird er drei Tage weilen.

— (Unterstaatssekretär von Vindequst) wird am 15. Juni zur Vorbereitung der Uebergabe der Geschäfte nach Deutsch-Südwestafrika abreisen, während sein Nachfolger Herr v. Schumann, der zur Aufgabe seines Hausabts und zur Ueberführung seiner Familie einige Zeit bedarf, ihm erst am 25. Juli nachfolgen wird. — Hauptmann Dominik wird den neuen Posten eines Referenten für Südamerica erst Ende September antreten.

— (Das Generalleutnant Graf von Hohenau) bisheriger diensttuender General à la suite des Kaisers, in Genehmigung seines Abschieds gesuch mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden ist, wird durch amtliche Publikation im „Militärwörterblatt“ befristet.

— (Der Gesandte v. Lindenau), vorragender Rat im auswärtigen Amt, der dieser Behörde 25 Jahre hindurch angehört, hat nach der „Köln. Zig.“ aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied erbeten.

— (Ueber die Kolonialreise Dernburgs) teilt der Berliner Korrespondent der „Köln. Zig.“ seinem Blatte mit: Es steht jetzt fest, daß der Staatssekretär Dernburg am 15. Juli mit dem „Feldmarschall“ von Neapel aus die Ausreise nach Daresalam antreten wird. Nach einigem Aufenthalt im deutsch-afrikanischen Schutzgebiete wird er sich von Bombassa mit der Uqandabahn nach Muanfa begeben, wo jedenfalls die Ausfahrten der Nordbahn über den Meruberg nach Muanfa und der Baumwollanbau den Hauptgegenstand seines Studiums bilden werden. Auf der Rückreise wird Herr Dernburg in Voi bei Uqandabahn verlassen, um über Moshi am Kilimandscharo durch die Tanganiensteppe und West-Uganda bis zur Erreichung der Tanganienbahn im Njombo zu marschieren. In West Uganda ist der Besuch des Tschumbe Gebirgslandes, der landwirtschaftlichen Station Dual und der landwirtschaftlichen Anlagen des Hauptmanns von Prince beabsichtigt. Der genaue Zeitpunkt der Rückreise läßt sich bei einer so großen Reise und ihren vielen Zwecken natürlich nicht absehen.

— (Tschirschky und Mühlberg) Entgegen den Behauptungen der „Germania“ wird dem „Sann-Cour.“ aus Berlin geschrieben, daß Unterstaatssekretär v. Mühlberg nicht zum Nachfolger Tschirschky's bestimmt sei. Keinesfalls habe er Ambitionen auf das Amt des Referenten. „Als Richtshofen“ hat ihm der Posten angeboten gewesen. Er hat es damals abgelehnt, die Tätigkeit hinter den Kulissen mit der vor der Kampe zu vertrauen, und er wird sich in der Beziehung wohl kaum in diesen anderthalb Jahren gewandelt haben. Wer als Mann am Vorhang sechzig geworden, hat keine Lust, nun noch unter die Helldentener verlegt zu werden. Anders mag es vielleicht mit Herrn v. Tschirschky sich verhalten. Leute, die ihm nahesteht, versichern auf das bestimmteste: Herr v. Tschirschky habe nie zu dem durch Musik und bräuberliche Liebe verbundenen Kreis der Gulenburgs gehört. Man tue ihm bitter Unrecht, wenn man ihn mit dem in Verbindung bringe. Kann sein, daß sich würde dem noch nicht widersprechen, das Herr v. Tschirschky vor Jahr und Tag des Fürsten zu Gulenburg und Hertefeld Kandidat gewesen ist. Auch Herr Bernhard v. Bülow war bekanntlich einst der Kandidat des mächtigen Unbeamten und doch waren sie längst einander tödlich verfeindet.

— (Zur Steuerreform.) Die Begründung, die der Finanzminister Herr v. Rheinbaben am Mittwoch im Abgeordnetenhaus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Antrag der freimüthigen Parteien, auch den mittleren Beamten eine einmalige außerordentliche Beihilfe von 150 Mark noch in diesem Jahre zu gewähren, beigab, läßt in zwei Punkten „tief blicken“. Dem preussischen Herrn Finanzminister macht die ungünstige Lage der Reichsfinanzen schwere Sorgen. Er befürchtet, daß das Defizit im Reiche

einen noch größeren Umfang annehmen wird, als man jetzt schon glaubt, und daß die Militarlastbeiträge infolgedessen erhöht werden müssen. Eine Steigerung der Einnahmen aus dem Eisenbahntarif — der ja das Rückgrat der preussischen Finanzen bildet — über den Vorschlag, der so wie so schon über die Gebühr hoch gegriffen sei, sei ganz ausgeschlossen. Wie es scheint, befürchtet der Finanzminister auch von der Reichsfahrtsteuer eine steigende ungünstige Wirkung auf die Einnahmen aus dem Personentarif. Die für das nächste Jahr als Folge der in Aussicht gestellten allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter als unbedingt notwendig angesehene Erhöhung der Einkommensteuer wird im Abgeordnetenhaus vorerst nur als Schreckbild angesehen. Wenn sich die Anziehung der Steuer-schraube aber tatsächlich nicht umgehen lassen sollte, so kann das nur in der Form einer Erhöhung der Progression für die großen Einkommen geschehen. Die Konservativen werden sich zwar mit Händen und Füßen dagegen sträuben, das wird ihnen aber wenig nützen; ebenso wie sie auch im Reichstage ihren Widerstand gegen eine Reichseinkommensteuer wohl oder übel werden aufgeben müssen. Befürwortet doch jetzt sogar eine so hervorragende publicistische Kraft des Bundes der Landwirte, wie Herr Richard Nordhausen, neben dem Tabakmonopol die Reichseinkommensteuer und eine „stamme Reichserbschaftsteuer“, d. h. also eine Erhöhung der Steuer, wie sie gerade von liberaler Seite bei der Reichfinanzreform gefordert, von den Konservativen aber bekämpft worden war.

— (Auf die zwischen Polen und Zentrum herrschende Stimmung) wirft eine Beerdigung ein helles Licht, die der Abg. Fürst Radziwill der „Kreuzig.“ zufindet. Die „Schlesische Volkstimme“ hatte behauptet, die Fraktion der Polen hätte der Gelegenheit der Vertagung der Reichstags-sitzung und des hierauf seitens des Präsidiums ausgebrachten Kaiserhochs durch Abwesenheit aus dem Saale demonstriert. Demgegenüber konstatiert Abg. Fürst Radziwill, daß diese Behauptung jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. „Selbst wenn, was sich momentan meiner Kenntnis entzieht, zufällig in gedachten Momente kein Mitglied der Fraktion im Saale anwesend gewesen sein sollte, würde die geschäftige Unterstellung, welche der Korrespondent des schlesischen Blattes gegen meine Fraktion sich herausnimmt, jedweder Berechtigung ermangeln.“

— (Ein pomeranisches Wahlbüßel), das zugleich typisch ist für die geringfügige Behandlung des Verlehrandes durch das ostelbische Junktur, ist von dem Abg. Köpck bei Beratung des Kultetats im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden. Der Fall ist so trag, daß er eine besondere Würdigung wohl verdient. Der Lehrer Stark in Selberg hat nämlich das Verbrechen begangen, sich bei der letzten Reichstagswahl für die Wahl des freimüthigen Kandidaten im Wahlkreise Schläme-Bitow-Rummelsburg, Rektor Jude Kolberg, also eines als Berufsgelehrten ihm besonders nahehestehenden Mannes, zu interessieren. Was schab nun? Der Landrat von Trebra befragt, daß der Lehrer für sein Aufstreuen in einer Rummelsburger Versammlung vorsezt werde. Diefem Antrage ist auch stattgegeben und der Lehrer nach Seebitz verlegt worden. Das interessante dabei ist, daß der Sozialinspektor erst im März d. J. von der Vertagung erfuhr, während ein anderer Herr, nämlich der Leutnant von Jegenitz-Bechitz, ein bekannter Agrarier, schon vier Wochen vorher in der Lage war, von der Vertagung dieses Lehrers Mitteilung zu machen. Ein anderer Herr Leutnant, ein 3. Jüngling ein Bruder des Genannten, mutete einem Kollegen des Lehrers Stark, wie der Abg. Köpck ebenfalls mitzuteilen in der Lage war, zu, mit nach Rummelsburg zu kommen, um durch Zwischenrufe, Trampeln und dergleichen die liberale Versammlung zu fördern, damit dieselbe aufgelöst werde. 8—12 Wähler der Umgegend folgten dieser Einladung und erbielten außer der Fabrikate Schnaps und Bier und nach dem eigenen Zugeschändnisse des Herrn v. Jegenitz je 3 Mark. Die von dem Lehrer Stark gegen seine Vertagung eingereichte Beschwerde ist übrigens ergebnislos geblieben; unter der Aera Studt ist das allerdings wohl kaum anders zu erwarten gewesen.

— (Dr. internationale Anarchistenkongress), der in Holland für diesen Sommer geplant war, ist von der Regierung untersagt worden.

Vermischtes.

* (Ein Liebesdrama.) Im Schwarzlosche in Aisch wurden die mit einem Strich zusammengehörenden Leiden eines Hochheeres aufgefunden. Es sind dies die 17-jährige Arbeiterin Maria aus Rogbach und der Freizeithelfer Sobalka aus Galtzig.

* (Zwei Mädchen verbrannt.) Bei einem durch drei arbeitende Branten verurteilten Brande eines Heubockers in Wieddorf bei Dülfsdorf zwei Arbeiter in deren Namen un.

Tivoli-Theater.

Freitag den 7. Juni 1907
Schauspiel-Novität
allerersten Ranges!
Einmalige Aufführung:
Die

Hochzeit von Valeni

Sonnabend den 8. Juni 8 1/2 Uhr
Halbe Preise!

Preciosa.

Muff von Karl Maria von Weber!
12 Wiederbarer Postkarten 20 Pf.
bei M. C. Schultze.

Neue saure Gurken,
neue Matjes-Heringe,
neue Malia-Kartoffeln
empfiehlt

Carl Rauch.

Berein ehem. 72er.
Sonnabend den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
Monats-Versammlung.

Ortskrankenkasse des Maurer-
Gewerks zu Merseburg.

Sonnabend den 15. Juni, abends 6 1/2 Uhr,
außerordentliche
General-Versammlung
in der „Guten Quelle“.
Tagesordnung:
1. Erhöhung der Beiträge. 2. Statuten-
änderung. 3. Berichtlesen.
Der Vorstand.

Verein ehem. Jäger u. Schützen.

Den Kameraden
zur gef. Nachricht,
daß die Wajacht
zum
Jägerfest
in Bernburg
Sonntag früh
7 Uhr 15 Min.
vom hiesigen Bahnhofs aus erfolgt. Siehe Be-
teiligung erwünscht.
Der Vorstand.

Geschirrführer- Berein

Hält Sonntag den 9. d. M. von nachmittags
3 und abends 8 Uhr an, sein
Tänzchen
im „Zünftiger Dose“ hierseits ab.
Freunde und Gönner ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Buchdrucker-Verein

„Gutenberg“.

Sonntag den 9. Juni im
Kaffeehaus Menschau
Johannis-Fest
bestehend in
Konzert, Preisschiessen etc.
Beginn nachmittags 3 Uhr.
Nachmittags
Tänzchen.
Abends von 8 Uhr ab
Ball.
H. Steinfelder. Der Vorstand.

Menzels Restauration.

Sonnabend
Schlachtfest.

Bubold's Restauration.

heute
Schlachtfest

heute Freitag

fr. hausgeschlachte Wurst
A. B. Sauerbrey Nachf.

Arena Reinsch

Kiadenplatz.
Freitag den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
2. grosse Vorstellung.

Alles Nähere durch Plakate. Achtungsvoll
M. Reinsch, Direktor.

Bad Zauchstädt.

Sonntag den 9. Juni er.
nachmittag Konzert, abends Ball.
Die-ctag, Mittwoch, Freitag nachmittags Konzert.

Fert mit der Waschmaschine!
Fert mit dem Wasbrett!
Fert mit Seife, Soda und Dregl!
In einer Stunde weisse Wäsche durch

„Ding an sich“.

Probieren geht über Studieren!
Jeder praktische Versuch überzeugt!
Preis „Daplo“-Dose Mk. 1,- und „Biccolo“-Dose Mk. 0,55 netto.
Hier zu haben bei den Firmen:
Adler-Drögerie, Entenplan, Central-Drögerie, Markt, Neumarkt-
Drögerie, Neumarkt.

RHENSER Mineralbrunnen

Am Königslühl zu RHENS
Kgl. Preuss. Staatsmedaille

Das deutsche Publikum hat sein Urteil zugunsten
des Rhenser Mineralbrunnen durch den Konsum
von jährlich über 1000 Waggonladungen gefüllt.

Niederlage bei: A. B. Sauerbrey Nachf. Gustav
Köppe, Tafelgetränk des Kaiserlichen Hofes zu Berlin.

FAHRRÄDER UND MOTOR-ZWEIRÄDER

von höchster
Vollendung.
PARIS 1900
GRAND PRIX.

Wanderer

Mähmaschinen- und Fahrradhandlung
von H. Baar, Merseburg, Markt 3.

50 Millionen sagten Sie?

Janoch, 50 Millionen Pächchen hat

Dr. Oetker

Dieses Jahr von seinen Präparaten, wie Back-
und Bouding-Pulver, de landt. Das ist ein
Beweis, wie preiswert und praktisch diese Waren
sind. Sie sind in jedem besseren Geschäfte
zu haben 1 Stück 10 Pf., 3 Stück 25 Pf.

Leibrenten und Kapitalien

auf den Lebensfall bei der 1838 gegr. Preussischen
Renten-Versicherungs-Anstalt in Berlin
Öffentliche Versicherungsanstalt.
Einkommenserhöhung, Altersver-
sorgung, Kapitalversicherung für Studium,
Militärdienst, Aussteuer. — Aufnahme ohne
ärztliche Untersuchung. Vorfrei Rentenbezug
ohne Lebensversicherung unter den von der Direktion
zu erhaltenden Bedingungen. — Strengste Ver-
schwiegenheit. Nähere Auskunft, Tarife und Prospekte kostenfrei bei
Frau Ww. M. Witte geb. Stadner, Merseburg, Burgstr. 11.

Dörstewitz.

Sonntag den 9. Juni laden zum
Jugendball
freundlichst ein
die Jugend. A. Garnisch

Trebnitz.

Sonntag den 9. Juni laden zum
Burschentanz
freundlichst ein
die jungen Burschen. Geher, Galtwitz.

Freitag abends 9 Uhr in Clublokal Neuburg
Freunde. Welche, durch Mitglieder eingeführt,
sind willkommen. Nach der Neuburgsunde
Generalversammlung
sämtliche Mitglieder werden ersucht,
pünktlich zu erscheinen.

Reichskrone.

Neu! Neu!
Freitag den 7. Juni 1907,
abends 8 1/2 Uhr,

Schlachten-Potpourri.

Der deutsch-französische Krieg
1870/71.

Dargestellt und illustriert durch große Kriegs-
gemälde nebst melodramatischen Vortrag des
Kriegsregimentars L. Fr. Witz, Müller aus
Hannover.

Ohne Konkurrenz.
Die Gemälde sind Nach-Reproduktions-
Zubehör unserer größten Schlachtenmaler,
welche mit Genehmigung der photographischen
Gesellschaft in Berlin sowie der Königl.
bayer. Hof-Lithographie-München angefertigt
sind. Keine Nachbildungen.
Jener

Der Kampf gegen die Hereros und
Witbois in Südwestafrika
in ca. 50 wunderbar ausgeführten kolorierten
Original-Nissen-Transparenz-Tableaux, ange-
nommen von deutschen Offizieren.
Die melodram. Begleitung zum Schlachten-
potpourri sowie das vorangehende

Große
Extra-Militär-Konzert
wird ausgeführt vom Musikkorps der
Kgl. Artillerie-Kaserne Weiskensfelts.
Billetpreis 50 Pf. bei den Herren
Preise: D. Frahnert und E. Fuchs,
H. Ritterstraße. Au der Kasse 60 Pf.

fr. hausgeschlachte Wurst
W. Alleritz, Amshäuser G.

Unterricht
im Zeichnen für Maler, Schlosser und Tischler-
genosse sowie im Konstruieren nach der Natur
erteilt Karl Lehmann, Braunschweig 1.

Laufbursche
für 2-3 Stunden des Tages gesucht
Ed. Pfefferkorn & Co., S. m. b. H.

Jüngerer
anständiger Hausbursche
der 15. Juni gesucht.
Goldene Angel.

Arbeiter
sucht R. Hetzscholdt, Dachdeckermeister.

Jüngerer Hausburschen
sucht Nordsee-Halle, Entenplan 2.

Kräftige Arbeiter
und Burschen
haben jederzeit lohnende Beschäftigung.
Königsmühle.

zuverlässigen Geschirrführer
stellt ein
Paul Lützkendorf,
Bolschhandlung.

Ein tücht. Geschirrführer
gesucht Hertel, Neumarktsmühle.

Junges anständiges Mädchen wird als
Vernende
in ein fleißiges Geschäft unter sehr günstigen
Bedingungen gesucht. Offerten unter L B an
die Exped. d. Bl. erbeten.

Junges anständiges Mädchen zur
Erlernung der Damen Schneidererei
sucht E. Müller, Gorthardstr. 39, Hof-
Belucht zum 1. Juli

Köchin mit guten Zeugnissen,
die einige Hausarbeit übernimmt. Guter Lohn.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Suche zum 15. Juni oder 1. Juli ein
jüngeres Dienstmädchen.
Zu erfragen Schmalzstr. 11.

Welt anständ. Mädchen,
im Kochen etwas erfahren, von achtzehnjähr.
älterer Dame nach Halle-Görschenstein, nahe
Wittenberg, sofort gesucht. Beside angenehme
Stellung. Näheres Wäike Bauer 17.

Wünscht zum 1. Juli d. J. ein ordentliches
sauberes Mädchen als Aufwartung
Vindenkrahe 11, 1 Tr.

Eine Aufwartung
gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(Aus dem Sozialistenlager.) Das es der Sozialdemokratie nur auf eine Be- zuegung der Arbeiter ankommt, und dass es ihr deshalb höchst unangenehm ist, wenn eine Besserung der Lebenshaltung bei den arbeitenden Klassen und damit eine zureichende Stimmung eintritt, das zeigt sich wieder einmal recht deutlich in der Aufnahme, die ein Artikel des Genossen Edmund Fischer in der „Leipz. Volksztg.“ findet. Edmund Fischer, der bis 1907 den Wahlkreis Jitzau vertrat, hat schon früher als „Revisionist“ gegolten. Sein neuerer Artikel aber über sozialdemokratische Mittelstandspolitik in den „Sozialist. Monatsheften“ hat die zielbewusstesten Marxisten so aufgebracht, dass die „Leipz. Volksztg.“ ihn nur den früheren „sozialistischen“ sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Jitzau nennt. Welch schweres Verbrechen hat Fischer aber begangen? Er wagt es, zu konstatieren, dass ein flüchtiges Aufsteigen eines Teils des Proletariats in den Mittelstand stattfindet, und verlangt von der Sozialdemokratie Maßregeln, welche dem Arbeiter eine derartige Veranhandlung in einen Kleinbürger erleichtern oder ermöglichen sollen. Diese Forderung, dass die Sozialdemokratie für die Vorsehung der Arbeiter eintreten soll, ist natürlich so unangeheuerlich, dass die Mehrzahl und Konstanten vollständig aus dem Häuslein geraten. Denn was würde aus der sozialdemokratischen Partei, wenn sie nicht streng darauf sähe, dass ihre Anhänger Hohenkämpfe und Proletarier bleiben? Deshalb überschüttet die „Leipz. Volksztg.“ den Genossen Fischer, den sie „Wispöcher aus Jitzau“ benamzt, mit Hohn und Spott, und schreibt unter anderem:

„Wir würden vorschlagen, den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Jitzau vom nächsten Oktober ab nach Berlin auf die Parteischule zu schicken, damit ihm dort wenigstens die Grundbegriffe des Sozialismus klargestellt werden könnten, wenn wir nicht wüßten, daß er der Speiseshule des Genossen Bloch noch nicht entwachsen ist. Denn was bedeuten die „sozialistischen“ Monatshefte anders, als eine Antiliterarische Kinderzargen? Wie die lieben Kleinen am Meerestrande zurzeit der Ebbe die stolzen Schiffe und hübschen Burgen aus Sand bauen und sich von diesem kindlichen Vergnügen nicht dadurch lösen lassen, daß die heranraufende Flut mit unerwartlicher Regelmäßigkeit die Produkte ihrer lebhaften Phantasie vernichtet, so lassen sich auch die lieben Kleinen, die in den sozialistischen Monatsheften Sozialdemokrat spielen, seit Jahren nicht daran hindern, die kühnsten revisionistischen Luftschlösser und Kartenhäuser zu bauen. Und wenn die Flut der wirtschaftlichen Entwicklung ihnen noch so regelmäßig alle wieder durcheinander wirft, sie bauen immer wieder auf und rufen Hurra!“

Diese Art Spott ist allerdings sehr wohlfeil. Einmal Sachliches zu erwidern würde den Unentwegten sehr schwer fallen, deshalb brücken sie sich durch solche Tiraden wie die eben zitierte, vor einer ernsthaften Auseinandersetzung. Es fragt sich nur, wie lange sich die Arbeiterklassen noch von Fäbern an ein Gängelbande leiten lassen werden, die aus rein egoistischen Gründen weiter nichts bezwecken, als ihre Anhänger in Armut und Dürftigkeit zu erhalten und mit Eifer jedes Mittel bekämpfen, durch das der Arbeiterschaft ein Aufsteigen in eine gesicherte materielle Lage ermöglicht wird.

Parlamentarisches.

Sachsenhaus. (Sitzung vom 5. Juni.) Das Sachsenhaus nahm am Mittwoch den Gesetzentwurf gegen die Ver- uhaltung von Ersparnissen und landwirtschaftlich hervor- ragenden Gewerben nach unvollendeter Debatte in der Fassung des Abgeordnetenhauses an. Eine längere Diskussion trat der Entwurf eines Wandarbeitssitzungsgesetzes hervor. Die Vorlage wurde von fast allen Seiten als ein Fortschritt begrüßt. Von mehreren Rednern wurden wieder ungerichtete Bemerkungen gegen die Städte geäußert, daß sie die Wandarbeitssitzungen nicht genügend gefördert hätten. Der Kommissions- entwurf auf unveränderliche Annahme der Vorlage fand die Zustimmung des Hauses. Die Berggesetzkommission wurde nach den erneuten Kommissionsentscheidungen in wesentlichen in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Zum Schluß erfolgte das Haus noch einige Petitionen. Am Donnerstag steht das Tagengesetz auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenshaus. (Sitzung vom 5. Juni.) Im Abgeordnetenshaus wurde am Mittwoch der Gesetzentwurf, be- treffend den erweiterten Grundwerb an Rhein- Weser-Kanal nach längerem Debatte der Budget- kommission übergeben. Abg. Dr. Müller-Sagan gab der Forderung Ausdruck, daß die Vorlage das große Kanal- werks nicht weniger erhalten werde im Interesse der All- gemeinheit. Voranstellung sei freilich, daß die Bureaukratie es verstände, sich den vorliegenden Beschäftigten der verschiedenen

Kanalstrecken anzupassen. In erster und zweiter Beratung wurde ein Antrag des Abg. Brütt (H.) angenommen, daß die Bestimmungen des Wassertragegesetzes, daß bei dem Ausbau von Wasserstraßen möglichst eine Verbesserung der Landesnaturverhältnisse herbeigeführt werden solle, auch auf den Erweiterungsbau des Rhein-Weser-Kanals Anwendung finden sollen. Den weitest größten Teil der Sitzung über- nahm die Beratung des Magistratsrats zur Gewährung einmaliger außerordentlicher Feuererzeugzulagen an die Untere Beamten ein. Die mittleren Beamten blieben dabei unberücksichtigt, während sie im Reich eine Feuererzeug- zulage von je 150 M. bezogen haben. Die beiden freisinnigen Parteien wollten diese Forderung durch einen Antrag zugunsten der mittleren Beamten und der Weib schaffen, den der Abg. Gähling in einer trefflichen Rede begründete. Alle Parteien erkannten die Zurücklegung der preußischen Beamten als un- gerecht an. Ohne lebhafte Seitenhiebe auf den Reichstag und Freiberger v. Stengel, die ohne Verständigung mit Preußen die Feuererzeugzulage gewährt hätten, und auf die „unzulässige Finanzsperre“ des Reiches ging es dabei nicht ab. Sonst wurden in der Debatte noch eine ganze Reihe von Wünschen für das in der nächsten Session bestimmt zu erwartende Gesetz betr. die Neuordnung der Beamtengehälter laut. So trat die Abg. Herold (Ztr.) und Frau v. Zedlitz (H.) für die Berücksichtigung der Familienverhältnisse bei der Be- stimmung ein, und Abg. Schäfer (H.) entwickelte in großen Zügen ein Programm des Vorgehens gegen den Kastengeist und den klerikalen Geist innerhalb der Beamtenwelt. Der freisinnige Redner Abg. Dr. Gähling hob aber mit Recht hervor, daß diese Fragen im nächsten Jahre sowie ganz eingehend erörtert werden müßten. — Donnerstag steht u. a. die zweite und dritte Lesung der genannten Vorlagen auf der Tagesordnung.

— Der Wahlrechtsantrag der beiden frei- sinnigen Parteien des Abgeordnetenhauses wird in dieser Session nicht mehr zur Verhandlung kommen. Angesichts der Geschäftsfrage haben die beiden frei- sinnigen Fraktionen beschlossen, davon abzusehen, auf die Verhandlung des Antrags noch vor Schluß der jetzigen Session zu dringen. Es wird aber dafür gefordert werden, daß der Antrag gleich zu Beginn der neuen Herbst-Session zur Verhandlung kommt. Den Antragstellern ist natürlich der Verzicht auf die Be- ratung ihres wichtigsten Antrags noch in dieser Session nicht leicht geworden, aber die Tagung ist bereits so weit vorgerückt, daß eine eingehende Behandlung dieser Materie kaum mehr möglich gewesen wäre. Es ist der Bedeutung einer solchen Sache nicht damit gebüht, wenn kurz vor Vorentscheid, wo bereits Ferienstimmung herrscht, die Erörterung sozusagen übers Knie ge- brochen wird.

Volkswirtschaftliches.

)(Mit der Geschäftsführung der Krankenkassen beschäftigt sich eine Verfügung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, die auch für weitere Kreise bemerkenswerte Hinweise enthält. Die Verfügung richtet sich nach der „Köln. Zeitung“, vor allem dagegen, daß sehr viele Krankenkassen, insbesondere von Körperschaften der Handwerker und Hausgewerbebetreibenden, hinsichtlich der Geschäftsführung sehr viel zu wünschen übrig lassen. Unter anderem haben die Revisionen vielfach ergeben, daß die Kassenführung besart mangelhaft war, daß die Wahrung der Rechte der Mitglieder nicht genügend gewährleistet schien. Den Grund hierfür sieht der Regierungspräsident in der Persönlichkeit der Rendanten, die vielfach nicht die nötige Vorbildung im Kassenswesen, auch teilweise nicht die nötige Fähigkeit und Energie haben, sich in die Kassengeschäfte einzuarbeiten oder wegen hohen Alters dazu ungeeignet sind. Sehr beachtenswert ist schließlich der Hinweis des Regierungspräsidenten auf die große Zersplitterung im Kranken- kassenwesen, die er als einen großen Mißstand bezeichnet. Zu seiner Beseitigung empfiehlt er, auf die Verschmelzung der vielen kleinen Kranken- kassen mit größeren lebensfähigen Klassen hinzuwirken. Die nur als Notbehelf gedachte Gemeindefranken- versicherung wünscht der Regierungspräsident möglichst bald vollständig beseitigt und durch Orskantentassen ersetzt. Dagegen hält er die Bildung von leistungsfähigen selbständigen Betriebs- krankenkassen für sehr empfehlenswert und er- sucht die Behörden, deren Bildung möglichst zu fördern.

Provinz und Umgegend.

† Raumburg, 6. Juni. Der Oberlandes- gerichtsrat Bing herrscht ist zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht in Düsseldorf ernannt worden.
† Raumburg, 6. Juni. Im Bürgerverein „Vohlschütz von Raumburg“ machte der Vorsitzende Professor Söbde Mitteilung von einer Petition, die der Verein an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtet hatte. Darin wurde unter Hinweis auf verschiedene Vorteile gebeten, den für Station Gorbetha geplanten Rangier- und Umschlag- bahnhof nach Raumburg zu verlegen. Im

Auftrage des Ministers hat die Eisenbahndirektion Erfurt den Verein jedoch benachrichtigt, daß zurzeit die Anlegung eines solchen Bahnhofs in Raumburg nicht beabsichtigt werde. Die Petition war aus dem Magistrat unterbreitet worden, und dessen Ab- ordnungen nach Halle und Erfurt bekamen den Bescheid, daß ein sehr viel größeres Gelände erforderlich sei, als es Raumburg bieten könne; auch möge man das Gelände und den Dual der Lokomotiven sich vergegenwärtigen. Der Verein hat nun eine Weiterbetreibung dieser Angelegenheit vorläufig zurückgestellt.

† Leutzenthal, 6. Juni. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Wagen des Viehhändlers Fr. Lehmann mit Petroleum befüllt und ange- zündet. Auf dem Wagen befanden sich drei Schweine, welche verbrannten.

† Eilenburg, 6. Juni. An dem vom Freitag bis Sonntag hier zusammengetretenen Städtetag der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt werden sich einschließlich der hiesigen Teilnehmer rund 190 Herren beteiligen. 147 Personen beteiligen sich an der Bahnfahrt nach Leipzig, 156 am Essen im Leipziger Kaffeehaus und 169 am Besuch des Palmen- gartens in Leipzig.

† Eisenach, 5. Juni. Hier kam auf dem Basalt- wert „Dechen“ bei Waga der Wagen der Drochseil- fabrik, der die mit dem Bogenlohn der Arbeiter in Höhe von 2000 M. gefüllte Kaffeetüte zu befördern pflegt, auf dem Basaltwerk leer an. Statt der Kaffeetüte fand man nur eine Nappe. Ueber den Verbleib des Geldes fehlt jede Spur.

† Eiferwerda, 6. Juni. Am 13. November sind 50 Jahre verflossen seit der Gründung des Seminars zu Schloß Eiferwerda und schon teilt man Vorbereitungen zur würdigen Begehung der Jubelfeier. Die ehemaligen Schüler beabsichtigen eine Geldsammlung zu veranstalten, deren jeweilige Zinsen verwendet werden sollen für Söhne ehemaliger Eifer- werdaer, die das vorige Seminar besucht (Reise- unterstützungen, Beschaffung von wissenschaftlichen Werken oder dergl.). Näheres über die Verwendung wird in der Sitzungserkunde bestimmt. Beiträge sind bis 1. September einzusenden an Lehrer W. Schäfer, Halle a. S., Schloßstraße 1.

† Woldsdorf, 6. Juni. Hier starb ein 82-jähriger Mann an den Folgen einer Hühnerwunde, die ihm der hiesige Hund eines hiesigen Einwohnens beigebracht hatte. Man nimmt an, daß durch den Biß eine Blutvergiftung entstanden ist.

† Wernigerode, 6. Juni. Frau Geheimitz Krupp wird mit ihrem Schwiegersohn von Bohlens- halbach am 12. Juni hier eintreffen, um das von der Firma im Papental erbaute Beamten-Erholungsheim einzunehmen. Auch der Oberpräsident und Regierungspräsident werden der Feier beiwohnen.

† Zeulenroda, 4. Juni. Der Eisenbahner Wännich ist an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Der 31 Jahre alte Mann hatte ein sog. Blüthen an der Stirne. Er beugte beim Ausdrücken nicht die nötige Vorsicht, so daß ein Stoff in die Wunde geriet.

† Meissen, 5. Juni. Durch hereinbrechende Ge- steinmassen wurden in einem Steinbruch bei Nieder- lommagch eine Anzahl Arbeiter verletzt. Der 52-jährige Lorenz und der 17-jährige Arbeiter Kub- mann sind tödlich verunglückt; ein dritter Ar- beiter wurde verletzt.

† Leipzig, 6. Juni. Dem 36-jährigen Arbeiter Sengel aus Blas ist von einem Unbekannten mit dem Knüttel der Schädel eingeschlagen. Er starb an der Wunde im Krankenhaus. — 100000 Mark gestiftet hat die Leipziger Bogenlampenfabrik von Köring u. Maibiesen, Aktiengesellschaft für Volkshilfszwecke zugunsten ihrer Beamten und Arbeiter.

† Leipzig, 6. Juni. Gestern früh 6 Uhr begann in Dresden die Herfomerfabrik. In Leipzig kamen die Automobile fast drei Stunden früher an, als festgesetzt war, da zu schnell gefahren wurde. Unterwegs ereigneten sich mehrere Un- fälle, bei denen einige der Automobile demoliert wurden. In Freiberg wurde ein Mann, in Gotha ein Kind überfahren und schwer verletzt. Rechtsanwalt Dr. Stöckh-Zwickau, der Sieger der vorjährigen Herfomerkonkurrenz, ist zwischen Gotha und Eisenach in einem Steinhäufen gefahren, so daß der Wagen einen Hühnerbruch erlitt und Dr. Stöckh die Weiterfahrt aufgeben mußte. — Weiter liegen heute noch folgende Meldungen über erlittene Unfälle im Gebiete der Provinz Sachsen vor: Merane, 5. Juni. Aus Gößnitz wird ge- meldet: In der Mittelstraße wurde ein Mädchen von dem Wagen Nr. 138 der Herfomerfabrik erfasst und eine Straße weit mitgeschleift, so daß es erhebliche

ufer boten ein überaus bewegtes Bild. Tausende hatten die Ankunft des Schiffes erwartet und es mit Zurufen und Ausrufen begrüßt. Am heutigen Abend haben sich auf dem am Wasser liegenden Ufer des großen stehenden Beckens eine Regimentsmusik gebildet. (Der Kampf im Berliner Lager) hat dadurch ein anderes Gesicht bekommen, daß die Generalsammlung des Verbandes der Wagnerschiffe am Dienstag ihren Vorstand beauftragt hat, Vorschläge zu treffen, daß diejenigen Bauarbeiter, die zu den alten Bedingungen weiter arbeiten wollen, wieder eingestellt werden können. Es würde sich also in Zukunft nicht mehr um eine Umsiedlung sondern um einen Streit handeln. Die Verhandlungen selbst in ihren Situationsberichten mit, daß das Militärjndikat sehr seiner größten Ziele geschlossen habe und nimmer noch in einem arbeiten lasse, um den Mittel für die Alfordarbeiten beizustellen. Mit den Bauunternehmern soll darüber verhandelt werden. Mit dem Verband der Arbeiter eingetragene Verträge sind von den Bauern. In einem Antrag bietet der Vorstand alle seine Mitglieder, die Bauarbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen.

(Die Lohnbewegung der Zeichner) der Berliner Herren- und Damenkonfektion hat jetzt ihren Abschluß dadurch gefunden, daß Dienstagabend eine fast beständige Besprechung der Zeichner in dem Berliner Hotel des Reichs stattfand um mit den Arbeitgebern verhandelt zu werden. Die Besprechung verlief sehr lebhaft. Der wesentliche Punkt des neuen Tarifes ist die darin gewährte Lohnerhöhung von 2 Mk. pro Woche.

(Eine elektrische Rollbahn), deren Bau die Regierung plant, soll am linken Rheinstrom entlang führen und das Ruhrgebiet mit dem Westfalen verbinden. Sie soll eine Spurweite und soll den Verkehr im Eifelgebiet beschleunigen. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Großindustriellen des Westens sind in vollem Gange.

(Eisenbahnunglück). Dienstag früh 12 Uhr 30 Min. fuhr infolge Zugtrennung der hintere auf den vorderen Teil des von der Station Prenzlaub nach Potsdam in den Hinterprenzlauer Bahnhof einziehenden Zuges auf. Von den 12 Personen des hinteren Zuges wurden die Passagiere Jeanes und Montreureau getötet und der Bremser Paquin schwer verletzt. Sechs beladene Wagen wurden total zerstört. Die Untersuchung ist eingeleitet.

(Der Zephyrus). Das Haupt ist bereits über 70 Zehnjährig geworden. Die Ursache der Erkrankung ist unbekannt. Die Kunde ist jetzt auch in Berlin angekommen.

(Mit dem Schlägerhebel die linke Hand abgehauen) hat sich am Mittwoch der Schlächtergehilfe Dietel, der bei dem Schlächtermeister Junow in der Siemensstraße in Berlin beschäftigt war. Die Tat des Unglücklichen ist wohl auf völlige Verwirrung zurückzuführen. Als er eines Knochens halber in einen Holzbock kletterte, um mit dem Hammer auf den Kopf zu schlagen, legte er die linke Hand auf den Hals und ließ sich mit dem Hammer auf den Kopf schlagen. Zur Erkenntnis seiner Tat ist er nicht zu kommen, denn er betraufte seinen Anwalt mit solcher Rücksicht, während das Blut im Boden herumströmte und eine Frau in Schrecken versetzt. Die Polizei hat ihn nach dem Krankenhaus gebracht.

(Von hier getötet) ist in Kassel bei einem Spaziergang der Regierungssprecher Graf Bernhorst am Dienstag. Er erlitt einen schweren Beinbruch.

(Wegen Lohnstreitigkeiten ausgebeert) wurden nach einem Telegramm aus Stuttgart in Schwaben umgeben 1700 von den in der vorigen Metallindustrie beschäftigten Arbeitern eines die Arbeit aufgegeben. (Zur Durchführung der Offenbacher Streikbewegung) ist, wie mehrere Zeitungen aus Offenbach gemeldet wird, der Metallarbeiter-Verband trotz von unbekannter Seite die Summe von einer Million Mark gespendet worden. Infolge dieser Spende konnte die Streikfinanzierung um 3 Mk. pro Woche und Arbeiter erhöht werden.

(Ein Streit in der Zucht). Die Zucht der Pferde hat sich in der letzten Zeit sehr lebhaft entwickelt. Die Zucht der Pferde hat sich in der letzten Zeit sehr lebhaft entwickelt. Die Zucht der Pferde hat sich in der letzten Zeit sehr lebhaft entwickelt.

(Der Kopf abgehauen) wurde dem Unteroffizier Max Ehart vom Infanterieregiment Nr. 13 am 11. Mai, der bei der Station Salzbrunn seine auf das Treibrett gefallene Wunde aufheben wollte. Er ward dabei unter den Zug geraten.

(Eine neue Torpedostation). Das Reichsmarineamt hat die Absicht bei Uba in Westpreußen eine neue Station für Torpedoboote anzulegen. In der Nähe dieser Station werden im Laufe des Sommers Kriegsschiffe in Uba vor Anker gehen, um Vermessungen vorzunehmen und Schiffe- und Manöverübungen abzuhalten.

(Neapolitanische Polizeibeichte als Camorristen). Aus Neapel meldet der „V. L. M.“, daß man in den Kreisen der dortigen Polizeidirektion ein schweres Vergehen für unermesslich hält. Der Untersuchungsrichter soll nämlich neapolitanischen Mätern zufolge im Begriffe sein, einen Polizeibeamten gegen einen höheren Polizeibeamten auszuweisen.

(Ein Lager von Gold und Silberwaren) die im vorigen Jahre während der Arbeiter-Auflösung im ganzen Gouvernement erbeutet wurden, sind in Kassel angekommen worden. Das Lager enthält eine große Menge von Gold und Silberwaren, die im Laufe der Revolutionen beschlagnahmt wurden.

(Von einem ganz eigenartigen Schiffsunfall) wird aus Australien berichtet: Am 21. April früh lag die viermastige Bark „Norma“ mit einer großen Ladung Weizen an Bord auf der Reede von Semaphore (bei Adelaide) vor Anker. Da lange das von London kommende Dampfschiff „Wendocraft“ an und sich im Begriff, ebenfalls zu ankern, wurde der „Norma“ durch die „Wendocraft“ in der Reede verunglückt. Die „Norma“ brach sofort zu sinken; die Mannschaft hatte kaum Zeit, in den Booten das nackte Leben zu retten.

(Die verhängnisvolle Koburkatorrophe bei Witten) ist nach immer bedeutendster Nachforschungen. Die von der preussischen Staatsregierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit hat ihre Arbeit nicht beendet; dieselbe dürfte wohl nie am Ende sein. Die Kommission hat sich in der Zwischenzeit mit der Untersuchung der Angelegenheit beschäftigt.

(Unglaubliche Frechheit). Ein Fleischhauer B. aus Berlin kaufte in Friedrichshagen zehn fetten Schweine und beauftragte dann auf der Straße zwei unbekannte Männer, ihm bei der Zerlegung der Schweine einen ansehnlichen Betrag zu helfen. Während B. dem Verkäufer das Geld einhändigte, ließ er sich die Schweine an den Hals binden und ließ sie sich mit ihrer Arbeit betrauen, daß sie damit bereits fertig waren, als der Fleischhauer aus dem Hause kam.

(Eine recht unangenehme Ueberraschung) wurde am Mittwoch morgen fünf der gesamten Einwohnerschaft von Regensburg zugehen. Es gab kein Brot, weil die Bäckereien in der Nacht von ihren Diensthelfern sich entfernt hatten. Man mußte einen Mann, der die Bäckereien in der Nacht von ihren Diensthelfern sich entfernt hatten, nach Regensburg schicken, um die Bäckereien wieder zu öffnen.

(Die Ausgrabung einer alten Stadt auf Sialien). In Sorrento, in der Stadt auf der Halbinsel Sorrento, sind die Überreste einer alten Stadt gefunden worden.

Die Sialien, die hauptsächlich schon von Auswanderern der Stadt Sorrento unter dem Namen Minoa begründet, dann aber von Spaniern besetzt wurde, sind seit dem Februar d. J. sehr umfangreiche Ausgrabungen vorgenommen worden. Die bereits interessanten Resultate ergeben oben. Man hat einen runden Turm und ein Stück der alten Verteidigungsmauer, ein schönes griechisches Werk, angehebt. Beim Eingang zur Stadt hat man Spuren eines großen Theaters festgestellt und auf einem Hügel die Entdeckung einer Totenstadt aus gleichzeitiger Zeit begangen. Gegenwärtig untersucht man die Ruinen der Stadt von anderer Seite, und es allerdings nicht erhalten sind, da sie aus sehr wenig verwitterungsfähigem Material gebaut wurden.

(Die Post von Nordamerika nach Südamerika über Europa). Ein unwillkürliches Ereignis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Schiffsahrten hat die New-Yorker Postbehörde ausstellen müssen, und zwar in einer Weise, wie sie beispiellos nicht geahnt werden kann. Die Postverwaltung in New-York hat nämlich eine Verfügung erlassen, von jetzt ab die Post nach Südamerika über Europa zu laufen. Hierdurch werden gegen die bisherigen Verhältnisse 5 bis 7 Tage gehort.

(700 Besatzmänner bestellt). Die Nordd. Alg. Jg. meldet: Das Eisenbahnregiment Berlin wurde durch Verfügung von 700 Besatzmännern in der Besatzung für die preussische Staatsbahnverwaltung beauftragt, in Verbindung zu treten. Die Besetzung dieser Besatzmänner soll am 1. April 1908 beginnen und am 31. Oktober 1908 abgeschlossen sein.

(Der Senator der Republik von Amerika, nach dem New-Yorker Blatt bekannt, wird nach einer kürzlichen Reise über Europa nach Amerika zu reisen. Die Nachricht macht in den Vereinigten Staaten ungeheuren Eindruck und ist bisher unüberlegt geblieben. Westport Maroons angeblich vertrieben überbringt wird in einem Schreiben aus Rom an den Vater der Santa-Georgs-Kirche in New-York angeklagt, der dortigen Kirche, in dessen Bereich Westport Maroons wohnte.

Neueste Nachrichten.

Braunschweig, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtages verlas der Präsident ein Reskript des Regenten, durch das Landtag geschlossen wird und indem der Regent den Landtagsabgeordneten für ihre hingebende Arbeit, welche sie durch Erledigung ihrer Aufgabe, vor allem Deutung der Regierungserlässe im Herzogtum Braunschweig, gemeldet hat, seinen herzlichsten Dank ausspricht.

Flensburg, 6. Juni. Der „L. A.“ meldet: Die dänischen Schauspieler Norddam und Frier von Kopenhagen und königlichen Hoftheater in Kopenhagen, die seit Wochen in Nordfriesland Vorstellungen hielten, deren Auftritte aber in vielen Orten untersagt wurde, wurden durch den Amisboordstand Sundeby mit einem Tage Frist von hier ausgewiesen.

Oldenburg, 6. Juni. Der „L. A.“ meldet: Von der oldenburgischen Regierung wurden 50 läufige Ausländer ausgewiesen.

Petersburg, 6. Juni. Anlässlich der Krönung des Zaren bei dem letzten Empfang des Dumapräsidenten, das die Duma saumäßig sei, erschien am 5. Juni Golobin zum ersten Male persönlich in verschiedenen Kommissionen, um die Mitglieder zu eifrigerem Arbeiten anzuregen. Beispielsweise teilte er der Kommission, die das Gesetz über die Unantastbarkeit der Persönlichkeit ausarbeitet, mit, das Gesetz müsse unbedingt bis zum Montag fertig sein.

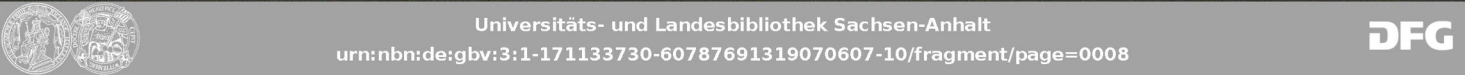
Petersburg, 6. Juni. Unter den hiesigen Fabrikarbeitern macht sich wieder eine revolutionäre Bewegung bemerkbar. Auch aus den Provinzen laufen gleichlautende Meldungen ein. — Die Agrarbewegung in den Gouvernements Tula, Smolensk und Sibirskow nimmt gefährliche Dimensionen an. Die Bauern verweigern den Gutsherren die Dienstleistungen. Das Gut des Welschmarschalls Salyhof wurde vollständig ausgebaut und dann niedergebrannt.

Budapest, 6. Juni. Die sozialdemokratische Parteiführung plant, aus Anlass der heute erfolgenden Ankunft des Kaisers von Österreich Straßen Demonstrationen zugunsten der Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts in Ungarn zu inszenieren. Die Arbeiter werden die Straßen, durch welche der Kaiser fährt, rechtzeitig besetzen.

Waren- und Produktabbe.

Berlin, 5. Juni. Weizen 1000 kg Juli 208,25, Sept. 197,25. Roggen 1000 kg Juli 209,50, Sept. 183,00. Gerste 1000 kg Juli 190,50, Sept. 168,00. Malz 1000 kg Juli 145,25, Sept. 143,50. Rüböl 100 kg Di. 69,16.

Die amtlichen, recht unvollkommenen Ertragsübersichten Ungarns und die Preissteigerungen in Budapest gewähren hier der Haltung nur unzulänglich einige Festpunkte. Die Stimmung verlor aber bei weitausgehendem Angebot und sehr geringer Kaufkraft bald. Unbefriedigende Preise für Weizen und Roggen konnten erst hinter sich ein wenig erheben. Käufer hat sich ungenügend bezeugt. Absatz ist bei befristetem Verkauf kaum befristet.



Correspondent.

Bezugspreis monatlich 35 Pf.; durch die Kurträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,23 Pf. Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal Donnerstags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Abgabestellen am Tage vorher abends 6 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 16 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitsp. oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 20 Pf. Kleinste Anzeigen 25 Pf. Aufnahmen von 10 bis 20 Pf. Bei Werberstellungen Abends. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigensstellen entgegengenommen.
— Während unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gefasstet. —
Für unerlangte Einlieferungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 131.

Freitag den 7. Juni 1907.

33. Jahrg.

Herr v. Studt und die katholischen Ordensniederlassungen in Oberschlesien.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ nimmt sowohl den Kultusminister Herrn v. Studt gegen unsere Darstellung eines Verhältnisses den katholischen Ordensniederlassungen in Oberschlesien gegenüber wie auch die Franziskaner gegen die Behauptung, daß sie antichristliche Tendenzen unterstützen, in Schutz. Und interessiert an dieser weisheitsreichen Entschuldigungs-epistel, die keinerlei Tatsachenmaterial zur Entlastung, sondern nur subjektive Auffassung und Zukunftsvisionen enthält, nur eine Bemerkung. Das offizielle Organ gibt nämlich unumwunden zu, daß der Einzug der Franziskaner in Ostpreußen direkt von der preussischen Regierung veranlaßt worden ist, weil sie von ihnen „ein Gegenstück“ gegen die „vom nationaldeutschen Standpunkt aus nicht einwandfreie Tätigkeit“ der Salesianer in dem galizischen Grenzort Döwiczin erwartete. Daß diese auf die Tätigkeit der Franziskaner, welche nunmehr bereits über fünf Jahre in Oberschlesien konvaleszieren, gefasste Erwartung sich erfüllt hätte, mag auch die „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht zu behaupten; denn das von ihr zugunsten der Franziskaner angeführte Moment, daß sie von den nationalpolitischen Ultraa als „katholische Preußen in Abgrenzung“ bezeichnet worden, ist denn doch ein sehr negativer Beweis. Jedenfalls ist durch das offizielle Organ mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Tatsache offiziell bestätigt worden, daß Herr v. Studt die Franziskaner nach Oberschlesien hineingerufen hat. Die Masseneinwanderung katholischer Ordensritter nach dem Rheinland, über die die „Köln. Ztg.“ wiederholt recht interessante Angaben gemacht hat, hat das Zentrum dann wohl ebenfalls der hochberzigen Initiative des Herrn v. Studt zu danken?

Die hierfals „Schlef. Volksztg.“ breitet natürlich schuldig ihren Schild über den schwächlich verleumderten Kultusminister. Der Fall der Salesianer beweise eben — schreibt das Blatt — „wie recht Herr v. Studt hatte, Ordensniederlassungen in Oberschlesien zuzulassen, deren Tätigkeit er nötigenfalls (1) kontrollieren kann, und die die deutschen Untertanen ver hindern, über die Grenze zu den Salesianern zu gehen.“

Das ist ja eben der große Irrtum, in dem sich das Zentrum und die Regierung befinden, wenn sie annehmen, daß die Tätigkeit der Franziskaner tatsächlich das vernünftige Gegenstück gegen die Salesianer

hieß. Redner sprach die Ueberzeugung aus, daß es dem Herzog mit Gottes Hilfe gelingen werde, dem Lande Heil und Segen zu bringen, und schloß mit den Worten, daß das Land Braunschweig dem herzoglichen Paare eine zweite Heimat werden möge. Der Herzog dankte für den freundlichen Empfang und sprach die Hoffnung aus, daß er die Regierung zum Segen des Landes führen werde.

In Braunschweig hatten am Friedrich-Wilhelms-Platz die städtischen Behörden und die Ehrenjungfrauen Aufstellung genommen. Oberbürgermeister Reitemeyer hielt eine Ansprache an das Herzogspaar. Der Herzog dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und den warmen Empfang der Residenzstadt, die ihn und seine Gemahlin aufrechtig erfreut hätten, doppelt erfreut, weil ihnen der nicht leichte Herzog angetretene Eingangsweeg damit wesentlich leichter gemacht worden sei. Der Herzog hat den Oberbürgermeister, der Stadt und ihren Bürgern seinen und der Herzogin wärmsten Dank auszusprechen. Hierauf bewegte sich der Zug nach dem Schloß, wo zunächst Empfang des gesamten aktiven Hofstaates stattfand. Sodann wurden die Mitglieder des Staatsministeriums zur Vollziehung des Patents über den Regierungsantritt empfangen. Hierauf wurden die Mitglieder des Landtags vom Herzogspaar im Thronsaal begrüßt, wobei der Landtagspräsident, Göttinger Justizrat Semler, das Regentenspaar im Namen des Landtages begrüßte. Der Herzog erwiderte mit Dankesworten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, das er zum Wohle des Landes rechtfertigen werde.

Am 5. Uhr versammelten sich der Regentenschaftsrat und die Mitglieder des Landtages, die Spitzen der Behörden usw. im Ballsaal, wo die letzteren dem Regenten vorgestellt wurden. Um 5 1/2 Uhr begann die Galafestl zu 126 Gedekten. Um 8 Uhr nahm die Festvorkellung im Hoftheater ihren Anfang. Zur Aufführung gelangte der dritte Akt von Wagner's „Meistersinger von Nürnberg“. Der Regent und seine Gemahlin wurden mit Fanfaren empfangen. Oberbürgermeister Reitemeyer hielt eine kurze Ansprache, die in ein begeistertes ausgenommenes Hoch auf den Regenten und seine Gemahlin ausklang. Das zahlreiche Publikum bereitete nach Schluß der Vorstellung dem fürstlichen Paare bei seiner Abfahrt lebhaftes Ovationen. Die Stadt ist reich illuminiert.

Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ veröffentlichten am Mittwoch das Regierungsantrittspatent des Herzogs Johann Albrecht. — Dasselbe Blatt veröffentlichte einen aus Anlaß des Regierungsantritts des Herzogs Johann Albrecht von letzterem befanntgegebenen Amnestieverlaß.

Aus Rußland.

Die Duma leitete in ihrer Sitzung am Dienstag zwei von dem Justizminister eingebrachte Gesetzesentwürfe ab. Der eine betraf Maßnahmen zur Verhütung der Entweichung von Gefangenen aus den Gefängnissen, der andere die Genehmigung des provisorischen Gesetzes vom 31. August 1906 über die Verschärfung von Strafen für die Verbreitung von regierungseindlichen Reden in der Armee und über die Verurteilung aller solcher Fälle an die Militärgerichte anstatt an die Zivilgerichte. Der militärische Generalsstaatsanwalt und der Gehilfe des Justizministers drangen auf die Genehmigung des Gesetzes vom 31. August, indem sie die Gefahr darlegten, welche die Propaganda in der Armee für das ganze Land in sich schloß. Der Berichterstatter der Kommission, Kuzmin Karajeff, erkannte durchaus die Notwendigkeit an, die Armee vor dem verderblichen Einflusse der Revolution zu schützen, drückte aber Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Verschärfung der Strafen aus und erhob Einspruch gegen das Ministerium gegen die Zivilgerichte. Um 6 Uhr wurde die Sitzung aufgehoben. Abends fand eine Sitzung

zur Beratung von Finanzfragen untergeordneter Bedeutung statt.

Die geistlichen Duma-Mitglieder, von denen der Metropolit Antonius im Namen des Synods den Austritt aus den oppositionellen Dumafractionen, sowie überhaupt den Verzicht auf jegliche oppositionelle Betätigung forderte, haben dem Metropolit schriftlich ihre Antwort zugehen lassen. Die fünf Priester, auf die sich der Ulaß bezog, lehnten es entschieden ab, dem Anfinnen des Synods Folge zu leisten.

Die terroristischen Untaten mehren sich wieder in bedenklicher Weise. In Twer töteten am Dienstag bewaffnete Verbrecher in einer Straße am hellen Tage einen Bezirksaufseher, zwei Schupseute und eine Zivilperson. Einer der Verbrecher wurde verhaftet. — In Moskau wurde am Dienstag in den Tramwaywerkstätten auf einen Ingenieur namens Krebs ein Anschlag verübt, der tödlich verlief.

Ueber die Ermordung des Grafen Kayserling werden aus Riga folgende Einzelheiten gemeldet: Der Graf wurde nachts auf seinem Gute von 8 bewaffneten Männern überfallen, aus dem Bette gerissen, gemißhandelt und mit Kolbenschlägen getödtet. Die Leiche wurde völlig unkenntlich gemacht. Die Dienerschaft war vorher gebunden und gefesselt worden, so daß dem Grafen keine Hilfe gebracht werden konnte. Graf Kayserling war den Revolutionären verhaßt, weil er mehrere Strafgänge gegen die Bauern geleitet hatte.

In Finnland wird die neue Volksvertretung vor wichtige gesetzgebende Aufgaben gestellt. Aus Helsinki wird berichtet: Der Senat beschloß der kaiserlichen Genehmigung eine Vorlage zu unterbreiten, wonach dem Landtag beantragt werden soll, aus den Einkünften Finnlands dem Reichsschatz 20 Millionen finnländische Mark als Erdordenis für militärische Zwecke in den Jahren 1906 und 1907 anzuwenden. — Der Landtag beschloß, daß alle Reden des Landtags im Landtage in den zwei Sprachen des Landes gehalten und daß die Schlußfolgerungen aus den schwedischen Reden in die finnländische Sprache übersetzt werden müssen. Die Deputierten der schwedischen Bevölkerung können Dolmetscher verlangen. Ein Budgetgesetz wurde dem Landtage eingebracht. In diesem werden als kürzeste Frist einer Pachtung 25 Jahre festgesetzt. Ferner wird eine bedeutende Erhöhung der dem Bewohner des Landes für Verbesserungen zu leistenden Entschädigung beantragt. — Die große Kommission des Landtages, die mit den wichtigsten Arbeiten dieser Körperschaft betraut ist, zählt unter ihren 60 Mitgliedern vier weibliche. Ihrer Parteistellung nach gehören 23 Mitglieder der sozialdemokratischen, 19 der altfinnischen, 7 der schwedischen, 7 der jungfinnischen Partei und 3 der agrarischen Vereinigung an. Zur Vorsitzenden der Petitionskommission wurde ein weibliches Mitglied des Landtages, Frau Hagmann, gewählt.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der deutsche Block im österreichischen Abgeordnetenhaus ist leider nicht zustande gekommen. Unser parlamentarischen Korrespondenz zufolge haben sich nur die deutsche Volkspartei und die deutsche Agrarpartei unter dem Namen Deutschnationaler Verband fusioniert und einen aus vier Mitgliedern bestehenden Vorstand gewählt. Diese Vereinigung zählt der „Neuen Freien Presse“ zufolge 51 Mitglieder und wird im Zusammenschluß mit den Deutschradikalen (früher nannten diese sich „Freiösterreich“) die einen selbständigen Verband bilden, arbeiten. Die deutsche Fortschrittspartei wird nach demselben Blatte einen selbständigen Klub bilden.

Luxemburg. Die Erbfolge in Luxemburg soll gesetzlich fest geregelt werden. In der Kammer brachte am Dienstag Staatsminister Gysen einen

xrite colorchecker CLASSIC

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
31	32	33	34	35	36	37	38	39	40
41	42	43	44	45	46	47	48	49	50
51	52	53	54	55	56	57	58	59	60

11cm x 7cm